Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9596**

14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Dehnel, Günter Nooke, Klaus Brähmig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7142 –

Konsequenter Ausbau der Schienenwege – Erhöhung der Planungskapazitäten der Deutsche Bahn AG

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag unter anderem mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken, die als Haushaltsmittel zur Verfügung stehenden Mittel auch für den vollständigen Ausbau und Erhalt des Bahnnetzes einzusetzen. Sie soll alles dafür tun, dass die in der Planung schon vorangetriebenen Projekte in den neuen Bundesländern schneller vorangebracht werden. Generell müssten die Planungs- und Ausbauinvestitionen der Deutschen Bahn AG nach Auffassung der Antragsteller deutlich angehoben und verbessert werden. Dem Nichtausschöpfen von Bundesmitteln beim Infrastrukturausbau in den neuen Bundesländern durch die Deutsche Bahn AG müsse Einhalt geboten werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7142 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Albert Schmidt (Hitzhofen)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7142 in seiner 195. Sitzung am 18. Oktober 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag hat unter anderem zum Ziel, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, auf die Deutsche Bahn AG einzuwirken, die als Haushaltsmittel zur Verfügung stehenden Mittel auch für den vollständigen Ausbau und Erhalt des Bahnnetzes einzusetzen. Sie soll alles dafür tun, dass die in der Planung schon vorangetriebenen Projekte in den neuen Bundesländern schneller vorangebracht werden. Generell müssten die Planungs- und Ausbauinvestitionen der Deutschen Bahn AG nach Auffassung der Antragsteller deutlich angehoben und verbessert werden. Dem Nichtausschöpfen von Bundesmitteln beim Infrastrukturausbau in den neuen Bundesländern durch die Deutsche Bahn AG müsse Einhalt geboten werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, des Vertreters der Fraktion der FDP und des Vertreters der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, die Fraktion der CDU/CSU habe keinen Überblick, wenn sie behaupte, man habe drei Jahre zur Verfügung gehabt, um Planungskapazitäten aufzubauen. In den Jahren 1996 bis 1999 sei noch die alte Bundesregierung für die Investitionen in die Schienenwege verantwortlich gewesen. Die Investitionsmittel seien erheblich gekürzt worden. Zu dieser Zeit seien bei der Deutschen Bahn AG Personalanpassungsmaßnahmen vereinbart worden. Diese könnten nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden. Die amtierende Bundesregierung habe die Investitionsmittel für die Bahn erheblich aufgestockt, der aber für die Verwertung dieser Mittel derzeit Planungskapazitäten fehlten. Diesbezüglich werde nun Abhilfe geschaffen, so dass der Antrag überholt sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass ihr Antrag auch die Verlängerung der so genannten Altenlastmittel zur Angleichung des Ausbaustandards der Schienenwege in den neuen Bundesländern über das Jahr 2002 fordere. Es seien drei Jahre Zeit gewesen, die Planungskapazitäten der Deutschen Bahn aufzustocken. Der alten Bundesregierung könne nicht vorgeworfen werden, dies versäumt zu haben. In Anbetracht dessen, dass die Infrastruktur in den neuen Bundesländern immer noch nicht dem Standard der alten Bundesländer entspreche, sei erschreckend, dass zur Verfügung gestellte Mittel von der Deutschen Bahn nicht abgerufen würden, da die entsprechenden Planungskapazitäten fehlten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, das Anliegen des Antrags sei berechtigt, aber die Defizite der Planungskapazitäten bei der Deutschen Bahn AG beruhten darauf, dass die Investitionsmittel für die Schiene in den Jahren 1995 bis 1998 kontinuierlich gekürzt worden seien. Die Bundesregierung habe im Haushaltsjahr 2001 zusätzliche Planungsmittel in Höhe von 460 Mio. DM als Sondermittel zur Verfügung gestellt, um Planungskapazitäten wieder aufzubauen. Im Dreijahresvertrag zwischen der Bundregierung und der Deutschen Bundesbahn würden im Rahmen des ZIP rund 9 Mrd. DM pro Jahr als Investitionsmittel zugesichert. Damit werde sichergestellt, dass Ingenieure mittelfristig Beschäftigung bei der Deutschen Bahn AG fänden. In diesem Haushaltsjahr sei der Mittelabfluss bei der Deutschen Bahn AG zu hundert Prozent im Plan. Die Initiative der Fraktion der CDU/CSU werde grundsätzlich begrüßt, sie habe sich allerdings inzwischen durch das Handeln der Bundesregierung erübrigt.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, der Antrag sei nur teilweise zutreffend. Es sei unverständlich, warum das Ausschöpfen der Investitionsmittel nur für die neuen Bundesländer gefordert werde. Diese Forderung sei für den gesamten Eisenbahnbereich zu erheben. In den neuen Bundesländern seien ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt worden, um den technischen Rückstand gegenüber dem Standard der damaligen Deutschen Bundesbahn auszugleichen. Es sei die Zeit erreicht, Zusatzleistungen für die technische Angleichung einzustellen, nachdem seit 1994 300 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt worden seien.

Berlin, den 12. Juni 2002

Albert Schmidt (Hitzhofen)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333